Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos. Heinrichs. — Anholt: W. Wolsing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Postverlagsort: Bocholt.

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 1.95, ins Haus gebracht einschl. 25 Pfg. Botenlohn 2.20, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg. behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife.

Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Nummer 115 | Mittwoch, den 26. April 1933 | Jahrgang 1933

Englisch-amerikanisches Abkommen bereits abgeschlossen

Die französischen Forderungen.

TU **Washington**, 25. April.

Nachdem Roosevelt und MacDonald bereits ein endgültiges Uebereinkommen über die grundlegenden Fragen erzielt haben, trafen bei einem Festessen im Weißen Hause zum ersten Male Roosevelt, MacDonald, Herriot und der kanadische Vertreter Bennett zu gemeinsamen Besprechungen zusammen. Im Anschluß hieran hatten Roosevelt und Herriot eine einstündige private Unterhaltung, zu der am späten Abend auch die französischen Sachverständigen hinzugezogen wurden.

Es verlautet, daß Roosevelt mit MacDonald einen elastischen Abrüstungsvorschlag ausgearbeitet hat, der auch für Frankreich annehmbar ist. Einzelheiten hierüber stehen jedoch noch aus. Bemerkenswert ist, daß bei den englisch-amerikanischen Vereinbarungen die Abrüstungs- und die Kriegsschuldenfrage noch offen gelassen wurde.

Das zwischen Roosevelt und MacDonald abgeschlossene Abkommen enthält die folgenden Punkte:

1. Der amerikanische Dollar und das englische Pfund sollen auf natürlicher Grundlage, etwa im gegenwärtigen Verhältnis stabilisiert werden.

2. Die beiden Regierungen verpflichten sich, keine Manipulationen vorzunehmen, um durch künstliche Entwertung eine Währung gegen die andere auszuspielen.

3. Es wird als wünschenswert betrachtet, die Weltmarktpreise durch Abschaffung der Zollmauern und mit Hilfe einer kontrollierten Weltinflation zu erhöhen.

4. Die Fragen der Heranziehung des Silbers als Währungsmetall, der Handelsverträge und der Kriegsschulden sollen späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Während die englisch-amerikanische Konferenz ihrem Ende zugeht, haben, wie gesagt, gestern abend die Beratungen mit Herriot begonnen. Roosevelt hat eine eigne Art, Sympathie und Vertrauen zu erwerben. Herriot war nach der Teestunde, die er mit Roosevelt verbrachte, aufrichtig gerührt von der Herzlichkeit und Ungezwungenheit des Präsidenten. Beim Verlassen des Weißen Hauses erklärte Herriot sich äußerst befriedigt und sagte, Präsident Roosevelt habe offenbar gründliches Verständnis für Frankreich und seine Probleme. Die Besprechungen seien sehr herzlich und von durchaus allgemeinem Charakter gewesen. Der Reutervertreter fügt hinzu, die Mitglieder der französischen Delegation seien allerdings nicht so hoffnungsvoll wie ihr Führer gewesen. Der Lyoner Bürgermeister verleugnete seinen schwarzen Schlapphut und seine unvermeidliche Tabakpfeife auch bei dem Empfang im Weißen Hause nicht. Ueber das Ergebnis seiner Besprechung mit Roosevelt, die erst nach Mitternacht beendet war, ist nichts bekannt geworden. Doch hat sich immerhin ergeben, daß Frankreich außer der Forderung politischer und militärischer Sicherheit die sofortige Stabilisierung des Dollars und des englischen Pfundes verlangt. Roosevelt und MacDonald wollen die endgültige Stabilisierung der Währungen für die Londoner Konferenz als ein Handelsobjekt aufsparen unter dem Vorwand, daß der Dollar und das Pfund ihre natürliche Ausgleichsgrundlage selbst machen müssen. MacDonald, Herriot und der kanadische Ministerpräsident Bennett waren am Dienstag Gäste des Staatssekretärs Hull im eleganten Sulgrave-Club. Abends findet im Weißen Hause ein nichtamtliches Essen statt. Die Sachverständigen der verschiedenen Abordnungen haben ihre eingehenden Beratungen und Vorarbeiten fortgesetzt.

Amerika zum Abschluß eines Konsultativpaktes bereit.

TU **Washington**, 25. April.

Der amerikanische Staatssekretär Hull deutete an, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, mit den führenden Großmächten einen Konsultativpakt abzuschließen, um die Sicherheitsforderungen der europäischen Völker zu befriedigen. Er zielt darauf hin, die Wahlprogramme der beiden amerikanischen Parteien grundsätzlich einen solchen Pakt vorsähen. Der beabsichtigte Konsultativpakt würde ein besonderes Abkommen darstellen, und sei nicht als Anhängsel zum Kellogg-Pakt gedacht.

★

Die Amerikareise Dr. Schachts.

CNB **Berlin**, 25. April.

Zu der Amerikareise des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht wird von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung auf die Einladung der amerikanischen Regierung hin, der Reichskanzler oder ein Kabinettsmitglied bezw. ein Spezialbeauftragter der Reichsregierung möchten nach Washington kommen, den Reichsbankpräsidenten gebeten habe, die Vertretung Deutschlands zu übernehmen. Dr. Schacht wird auf dem Hapagdampfer „Deutschland" am 5. Mai in Newyork eintreffen. Bisher ist lediglich festgelegt, daß ein Vertreter der Reichsbank und ein leitender Beamter des Reichsfinanzministeriums ihn begleiten werden. Ueber den weiteren Umfang der Begleitung sind noch keine Entscheidungen getroffen worden.

★

Der italienische Finanzminister nach Washington abgereist.

TU **Rom**, 25. April.

Der italienische Finanzminister Jung hat sich in Genua nach Amerika eingeschifft, um als Vertreter Italiens an den Washingtoner Verhandlungen teilzunehmen.

★

Auch Kanada verläßt die Goldgrundlage.

Ottawa (Kanada), 25. April.

Der kanadische Finanzminister Rhodes gab bekannt, daß Kanada ab sofort die Goldnoten nicht mehr einlösen werde. Kanada hat somit amtlich die Goldwährung aufgegeben.

★

Die Schweiz geht nicht von der Goldwährung ab.

w **Bern**, 25. April.

Der Schweizer Bundesrat hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der Aufgabe der Goldwährung durch die Vereinigten Staaten befaßt. Die Beratungen haben ergeben, daß die amerikanischen Ereignisse die Währung der Schweiz in keiner Weise berühren und daß die Schweiz bei der Goldwährung bleiben wird.

Neue Entlastung auf dem Arbeitsmarkt.

Bessere Verhältnisse als 1932.

w **Berlin**, 25. April.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 1. bis 15. April 1933 ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen in der ersten Aprilhälfte weiter gesunken. Sie verminderte sich um rund 69 000 auf rund 5 530 000.

Vom Höchststand der winterlichen Arbeitslosigkeit ist bis Mitte April eine Entlastung um rund 518 000 oder um 8,6 v. H. eingetreten gegenüber einer vorjährigen Entlastung von nur 195 000 oder 3,2 v. H. Die Stärke des bisherigen arbeitsmarktlichen Auftriebs geht auch daraus hervor, daß nach den Ergebnissen der Krankenkassenmitgliederstatistik für den gleichen Zeitraum die Zahl der Beschäftigten um über 600 000 zugenommen hat.

Die Besserung in der Berichtszeit ist im wesentlichen in den Außenberufen zu verzeichnen, die durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung eine wichtige Stütze erhielten; die Entwickelung in den übrigen Berufen war uneinheitlich. Die Entlastung hat sich jedoch nicht in der gleichen Stärke wie in der zweiten Märzhälfte durchgesetzt. Dies wird darauf zurückzuführen sein, daß erfahrungsgemäß kurz vor den Osterfeiertagen Neueinstellungen von Arbeitskräften zurückgestellt werden. Außerdem sind die Abgänge in Arbeit durch Neuzugänge vielfach überdeckt.

Stärker als die Zahl der Arbeitslosen überhaupt ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zurück. Der Abgang betrug hier 148 000 oder 6,9 v. H. Die stärkere Abnahme der Unterstützungsempfänger innerhalb der Gesamtbewegung der Arbeitslosenzahl ist ein weiteres Zeichen dafür, daß Neumeldungen zum Ostertermin die Abgänge in Arbeit teilweise überdeckt haben. Am 15. April 1933 waren noch rund 2 017 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge vorhanden; davon entfielen 580 000 auf die Arbeitslosenversicherung und rund 1 437 000 auf die Krisenfürsorge. Zahlen über den Bestand an Wohlfahrtserwerbslosen liegen für die Monatsmitte nicht vor.

Die aus Mitteln der Reichsanstalt geförderten Notstandsarbeiten sind im verstärkten Ausmaße in Angriff genommen worden. Die Zahl der hierbei beschäftigten Notstandsarbeiter betrug Ende März 88 000, eine weitere Zunahme ist inzwischen eingetreten.

Die Schaffung einer evangelischen Reichskirche.

Außerordentliche Tagung des Kirchenausschusses.

tu **Berlin**, 25. April.

Der deutsche evangelische Kirchenausschuß, das oberste Vertretungsorgan des deutschen evangelischen Kirchenbundes, trat am Dienstag nachmittag zu einer außerordentlichen Tagung in Berlin zusammen. Ueber das Ergebnis der heutigen Beratungen wird folgendes mitgeteilt:

Der deutsche evangelische Kirchenausschuß bekannte sich zu der Notwendigkeit einer neuen Verfassung des deutschen Protestantismus mit dem Ziele der Schaffung einer deutschen evangelischen Kirche auf der Grundlage des vorhandenen Bekenntnisstandes. Er stellt sich hinter die von seinem Präsidenten getroffenen Maßnahmen und billigt insbesondere die Berufung des lutherischen Landesbischofs D. Mahrarens-Hannover und des reformierten Studiendirektors Pastor D. Hesse-Elberfeld zu entscheidender Mitarbeit sowie die Heranziehung anderer in der kirchlichen Bewegung führender Persönlichkeiten. Der Kirchenausschuß erteilt seinem Präsidenten weitgehende Vollmacht, für die Gesamtheit des deutschen Protestantismus zu sprechen und zu handeln. Er begrüßt es, daß schon die Ankündigung des Reformwerkes ein großes zustimmendes Echo im Lande gefunden hat u. a. bei zahlreichen freien Verbänden, insbesondere auch der Jugend.

Staatlicher Kirchenkommissar in Mecklenburg zurückgetreten.

tu **Schwerin**, 25. April.

Auf Grund der Einsprüche, die von kirchlicher Seite gegen die von dem mecklenburg-schwerinschen Staatsministerium verfügte Einsetzung eines Staatskommissars für die evangelisch-lutherische Landeskirche erhoben worden waren, hatte der Reichsminister des Innern den mecklenburg-schwerinschen Ministerpräsidenten Granzow und den Landesbischof D. Rendtorff zu sich gebeten. An der Besprechung nahm auch der von der mecklenburgischen Regierung bestellte Staatskommissar teil.

Einer Bekanntgabe dieses Staatskommissars zufolge, kam es in der Besprechung zu weitgehender Uebereinstimmung, sodaß für die mecklenburgisch-schwerinsche Staatsregierung kein Anlaß mehr besteht, die von ihr getroffenen Anordnungen aufrecht zu erhalten. Es wird aber von dem Ministerpräsidenten aus dem Kreis des evangelischen Kirchenvolkes ein Gutachterausschuß berufen werden, der die Staatsregierung bei ihren Verhandlungen mit der Landeskirche und bei den zu treffenden Maßnahmen beraten soll.

Die Bekanntmachung gibt dann die Namen von zehn nationalsozialistischen Mitgliedern des Gutachterausschusses bekannt. Weitere Berufungen hat sich der Ministerpräsident vorbehalten.

Reichskanzler Hitler empfing am Dienstagvormittag den Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes, D. Dr. Kapler, der ihm über die kirchenpolitische Lage, insbesondere über die Vorgänge in Mecklenburg Vortrag hielt.

Zahlreiche Professoren beurlaubt.

Auf Grund des Beamtengesetzes.

w **Berlin**, 25. April.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat Kultusminister Rust bis zur endgültigen Entscheidung auf Grund des Beamtengesetzes folgende Professoren beurlaubt:

An der Universität Frankfurt a. M.: Salomon Mehnicke, M. Wertheimer, Strupp, Weil, Pribram, Richard Koch, Glatzer, Pleßner, Sommerfeld, Walter Fränkel, Fritz Mayer, Ernst Kahn, Neumark, Ernst Cohn, Braun, Ludwig Wertheimer und Altschul;

an der Universität Marburg (Lahn): Fröpke, Jacobsohn;

an der Universität Göttingen: Honig, Courant, Born, Emmy Noether, Bernstein, Bondi.

Weitere Beurlaubungen werden folgen. Außer den Beurlaubungen behält sich das Kultusministerium vor, in der nächsten Zeit zur Umgestaltung der Hochschulen und zur Wiederherstellung ihres bodenständigen Charakters vor allem an den Grenzuniversitäten Breslau, Kiel, Königsberg eine Reihe von Versetzungen vorzunehmen;

an der Universität Königsberg: Prof. Hensel; eine Wiederverwendung von Professor Hensel ist in Aussicht genommen;

an der Handelshochschule Königsberg: Rogowsky, Häusler, Kürbs;

an der Universität Kiel: Com, Reißer, Adolf Fraenkel, Husserl, Stenzel, Liepe, Rauch, Schücking, Opet. Ueber Professor Harms-Kiel und von Hentig-Kiel bleibt Verfügung vorbehalten.

Außerdem wurden von Minister Dr. Rust vorbehaltlich weiterer Maßnahmen die außerordentlichen Lehrkräfte an der Staatlichen Kunsthochschule in Berlin-Schöneberg, Prof. Georg Tappert, Professor Kurt Laß sowie der außerordentliche Lehrer für Werkunterricht Joseph Binecky mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Desgleichen sind an den Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst die Professoren Karl Hofer und Edwin Scharff sowie an der Kunstakademie in Düsseldorf Professor Paul Klee und der Direktor Professor Oskar Moll mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden.

★

Der Konflikt an der Berliner Universität.

Erklärung des Rektors, Gegenerklärung der Studentenschaft.

tu **Berlin**, 25. April.

Der Rektor der Universität Berlin, Professor Kohlrausch, gibt zu der von der Deutschen Studentenschaft verbreiteten Behauptung, er beabsichtige wegen des Plakats „Wider den undeutschen Geist" vom Rektorat zurückzutreten, eine Erklärung ab, wonach er den Anschlag des Plakats wegen zweier Sätze beanstandet habe: Einmal wegen These 5: „Schreibt der Jude deutsch, dann lügt er", einer Wendung, die auch durch den vorangehenden Satz nicht gemildert werde: „Der Jude kann nur jüdisch denken", sodann wegen These 7: „Wir fordern von der Zensur, jüdische Werke erscheinen in jüdischer Sprache. Erscheinen sie in deutsch, sind sie als Uebersetzung zu kennzeichnen."

„Ich nannte," so erklärte der Rektor, „diese Sätze Uebertreibungen, die nur geeignet seien, den Kampf gegen den undeutschen Geist zu diskreditieren, nicht aber ihn zu stärken. Sie seien überdies (wenn auch, wie mir versichert wurde, ungewollte) Bezeugungen der Verachtung gegenüber Mitmenschen, die man bekämpfen, nicht aber diffamieren dürfe, und sie stünden somit im Widerspruch zu der These: „Wir wollen den Fremdling achten." Als der Aufruf trotz Versagung der Genehmigung angebracht wurde, habe ich den Studierenden mein Bedauern über ihr Verhalten nicht verhehlt, und zwar nicht nur wegen jener Entgleisungen, sondern auch deshalb, weil es nicht im Einklang stehe mit dem Erlaß des Herrn Ministers vom 20. April: „Ich erwarte von jedem Studenten, daß er sich diszipliniert in die Hochschule einordnet." Ich erklärte, daß ich, da der Anschlag nun einmal angebracht sei, darüber, ob er wieder abzunehmen sei, die Entscheidung des

Die spanischen Gemeinderatswahlen.

Sieg der Opposition.

w **Madrid**, 25. April.

Das Endresultat der spanischen Gemeindewahlen ist, daß die Regierungsparteien eine klare Niederlage erlitten haben. In Madrid verzeichnen die Regierungsparteien 80 Sitze, davon 65 für die Sozialisten, während die Opposition 189 Sitze, davon 124 für die Radikalen, erhielt. In der Provinz Valencia haben die radikalen Richtungen die absolute Mehrheit erzielt. In den Provinzen Badajoz und Jaen waren die Sozialisten am erfolgreichsten. In Navare erringen die Traditionalisten und die Nationalisten einen überwältigenden Sieg. Auch in Avila hat die Opposition die Mehrheit. Im ganzen erzielten die Regierungsparteien einschließlich der Sozialisten 4000 Sitze; die republikanischen, aber zur Regierung in Opposition stehenden Parteien konnten es auf 3500 Sitze bringen; die antirepublikanischen Katholiken errangen 5000 Sitze. Für die Kommunisten sind nur 28 Gemeindevertreter gewählt. Der Erfolg der Katholiken ist groß, auch wenn man berücksichtigt, daß diesmal fast nur in solchen Gemeinden gewählt wurde, die früher katholische Hochburgen waren; die Stärke der katholischen Kräfte und die Größe der zum jetzigen Regierungskurs in Opposition befindlichen Volksteile tritt deutlich hervor.

Nach einer Mitteilung des Innenministers kam es in der Ortschaft Hornacho in der Provinz Badajoz bei den Gemeinderatswahlen zu ziemlich ernsten Zwischenfällen. Die Gendarmerie mußte eingreifen. Es kam zu einer Schießerei. Die Zahl der Toten beträgt vier. Sieben Gendarmen wurden durch Steinwürfe verletzt. Die Wahlen in der Provinz sind bis nächsten Sonntag aufgehoben worden.

★

Verkehrsstreik in Barcelona.

tu **Madrid**, 25. April.

In Lucena in der Provinz Cordoba griffen streikende Landarbeiter einen Gendarmerieposten an. Die Beamten machten von der Schußwaffe Gebrauch und töteten einen Arbeiter. — In Almeria wurden bei einer Straßenkundgebung der Arbeitslosen Polizeibeamte von der Menge bedroht. Auch hier mußten die Beamten zu ihrer Verteidigung die Schußwaffe gebrauchen. Es gab einen Toten und vier Verwundete. — In Barcelona ist Dienstag morgen der Verkehrsstreik ausgebrochen.

Herrn Ministers einholen werde, der für einige Tage von Berlin abwesend war.

Zu dieser Erklärung des Rektors erläßt die Deutsche Studentenschaft eine Gegenerklärung, in der es u. a. heißt: „Herr Professor Kohlrausch, der an Einzelheiten mäkelnd sich der Aktion der Deutschen Studentenschaft entgegensetzen zu müssen glaubt, hat in seiner Eigenschaft als Rektor der Berliner Universität sein Unbehagen über die Haltung der Deutschen Studentenschaft dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er den Aushang der zwölf Sätze der Deutschen Studentenschaft „wider den undeutschen Geist" zu verhindern suchte. Wir sagen hierzu: Wir verehren die wenigen Lehrer an Deutschlands Hochschulen, die aus dem Geiste, aus dem wir leben und handeln, aus dem Geiste der SA. schaffen und lehren. Sie allein hätten das Recht der Kritik, weil sie unser Vertrauen haben.

Wir wenden uns nur dann gegen das Judentum, wenn es Anspruch darauf erhebt, uns innerhalb des Bereiches des deutschen Geistes und damit in Rasse und Volkstum zu bevormunden. Die Deutsche Studentenschaft hat lediglich die Aeußerung des Herrn Professors Kohlrausch mitgeteilt, er werde sein Rektorat niederlegen, wenn die zwölf Sätze „wider den undeutschen Geist" am Aushang blieben. Da sich die Sätze weiterhin am Aushang befinden, gab die Deutsche Studentenschaft der Vermutung Ausdruck, daß Professor Kohlrausch von seinem Amte zurücktreten und damit entsprechend seinem Worte handeln würde."

Die gestrigen Beratungen des Reichskabinetts.

CNB **Berlin**, 25. April.

Die angekündigten Beratungen des Reichskabinetts sind programmäßig im Gange. Zunächst hat heute abend eine Chefbesprechung stattgefunden, die den Fragen der Arbeitslosenfürsorge galt. (Sie soll neugeregelt werden. Wie wir erfahren, soll die Regelung so vorgenommen werden, daß die ganze Arbeitslosenunterstützung zusammengefaßt und den Arbeitsämtern übertragen wird. Die Krisenunterstützung und die Wohlfahrtsunterstützung sollen wegfallen. Nur noch eine doppelte Art von Arbeitslosenunterstützung soll es dann bei Arbeitsämtern geben, nämlich die reine Versicherung, die durch den Wegfall der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung wieder einen stärkeren versicherungsmäßigen Charakter bekommt, und dann noch neben der Versicherung eine gewisse Fürsorge. Die Redaktion.)

Daran schloß sich eine Ministerbesprechung, in der die politische Lage erörtert wurde. Es ist anzunehmen, daß auch Vizekanzler von Papen und Ministerpräsident Göring über ihren Besuch in Rom berichtet haben. Daraus ergibt sich, daß die außenpolitischen Fragen in der Ministerbesprechung einen besonderen Raum einnahmen. Dann ist das Reichskabinett in die eigentliche Kabinettsitzung eingetreten, in der die Gesetze behandelt werden sollten, die in der letzten Sitzung vom Sonnabend nicht mehr verabschiedet werden konnten.

Die Kabinettsitzung dauerte am späten Abend noch an.

Die neue Standarte des Reichspräsidenten.

tu **Berlin**, 25. April.

Im Reichsgesetzblatt wird eine weitere Verordnung über die vorläufige Regelung der Flaggenführung veröffentlicht, die die neue Standarte des Reichspräsidenten und die neue Reichsdienstflagge bestimmt. Die Standarte des Reichspräsidenten ist hiernach ein gleichseitiges schwarz-weiß-rot gerändertes goldgelbes Rechteck, darin der Reichsadler, schwebend nach der Stange gewendet. Die Reichsdienstflagge besteht aus drei gleichbreiten Querstreifen, oben schwarz, in der Mitte weiß, unten rot, im weißen Streifen etwas nach der Stange hin verschoben der Reichsadler. Der weiße Streifen ist über und unter dem Reichsadler bogenförmig um etwa je ein Fünftel verbreitert.

Die neue Reichspräsidentenstandarte wehte bereits am Dienstagvormittag über der alten Reichskanzlei, in der der Reichspräsident bekanntlich bis zum erfolgten Umbau des Reichspräsidentenpalais Wohnung genommen hat.

Einigung bei den deutsch-niederländischen Wirtschaftsverhandlungen.

tu **Berlin**, 25. April.

Bei den deutsch-niederländischen Wirtschaftsverhandlungen, die seit einigen Wochen unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Hugenberg und des niederländischen Gesandten Graf Limburg-Stirum stattgefunden haben, ist heute eine Einigung erzielt worden. Die Unterzeichnung dieses Abkommens wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft in Preußen.

O **Berlin**, 25. April.

Im preußischen Justizministerialblatt wird nunmehr die Ausführungsverordnung zum Reichsgesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft veröffentlicht. Die Oberlandesgerichtspräsidenten haben hiernach bis zum 5. Mai eine Liste derjenigen Rechtsanwälte einzureichen, bei denen eine Zurücknahme der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft in Frage kommt. Diejenigen Rechtsanwälte nichtarischer Abstammung, die sich die Voraussetzungen über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft in Anspruch nehmen, haben dies unter eingehender Begründung den zuständigen Oberlandesgerichtspräsidenten bis zum 4. Mai darzulegen. Die Oberlandesgerichtspräsidenten haben bis zum 1. Mai über die zuständigen Behörden und nationalen Verbände festzustellen, welche Rechtsanwälte sich kommunistisch betätigt haben. Den durch diese Mitteilung belasteten Anwälten wird eine einwöchige Frist zur Gegenäußerung gesetzt werden. Vertretungsverbote werden vom Justizminister in jedem Einzelfalle erlassen. Hiergegen steht den betreffenden Anwälten die Möglichkeit offen, Einspruch zu erheben. Die endgültige Entscheidung über künftige Nichtzulassung bisher zugelassener Rechtsanwälte behält sich der Minister in allen Fällen vor. Bis zum 8. Mai ist der jetzt überall bestehende tatsächliche Zustand aufrechtzuerhalten.

Ungültige Börsenvorstandswahl.

Die Bestätigung der Wahl des Vorstandes der Berliner Produktenbörse versagt.

WTB **Berlin**, 25. April.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Reichskommissar für das Preußische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Hugenberg, die Industrie- und Handelskammer zu Berlin angewiesen, der am 20. April bei der Berliner Produktenbörse vollzogenen Wahl die Bestätigung zu versagen. Eine zweite Wahl muß bis zum 29. April erfolgen, da nach den Anordnungen des Ministeriums bis zu diesem Tage der gesamte Börsenvorstand neu gebildet sein muß. Der Minister hat gleichzeitig das Ehrengericht an der Berliner Börse aufgelöst. Es muß bis zum 6. Mai von der Industrie- und Handelskammer neu zusammengesetzt werden.

Wiederbeginn der Abrüstungskonferenz.

Zunächst keine Aufrollung der sicherheitspolitischen Fragen.

tu **Genf**, 25. April.

Die Abrüstungskonferenz hat nach fast vierwöchiger Unterbrechung ihre Arbeiten wiederaufgenommen. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Henderson eröffnete der Hauptausschuß heute nachmittag seine Verhandlungen über den großen von MacDonald eingereichten Abkommensentwurf der englischen Regierung. An der Sitzung nahmen der amerikanische Sonderbotschafter Norman Davis, Botschafter Nadolny, Staatssekretär Eden, Botschafter Dowgalewski und als Vertreter Frankreichs Massigli teil. Entgegen der ursprünglichen Absicht fand keine Generalaussprache über den englischen Plan statt. Der Hauptausschuß trat nach einer kurzen Beglückwünschung des Präsidenten Henderson durch Norman Davis zu der Verleihung des Carnegie-Preises sofort in die Aussprache über den ersten Teil des englischen Abkommenentwurfes ein, der die sicherheitspolitischen Fragen behandelt.

Doch steht jetzt bereits fest, daß eine grundsätzliche Aufrollung der gesamten sicherheitspolitischen Fragen zunächst noch nicht stattfinden wird. Die amerikanische Abordnung hat vertraulich den Präsidenten wissen lassen, daß sie zu einer Erörterung der sicherheitspolitischen Fragen mangels Weisungen gegenwärtig nicht in der Lage sei.

In unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß diese auffallende Haltung der amerikanischen Regierung auf die gegenwärtig in Washington laufenden Besprechungen zwischen MacDonald, Roosevelt und Herriot über die Lösung der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage zurückzuführen ist und aus diesem Grunde der Washingtoner Regierung die gleichzeitige Behandlung der Sicherheitsfrage in Genf in keiner Weise wünschenswert erscheint. Präsident Henderson beschränkte sich daher in der Eröffnungssitzung darauf, den Mächten, die Zusatzanträge eingebracht hatten, das Wort zu erteilen. Man nimmt an, daß nach einer kurzen Erörterung die grundsätzliche Aussprache über den ersten Teil des englischen Abkommensentwurfes (Sicherheit) auf einen späteren unbestimmten Zeitpunkt verschoben werden wird. Der Effektivausschuß der Abrüstungskonferenz nahm gleichfalls heute seine Verhandlungen wieder auf und beschloß, am Mittwoch die Arbeit mit der Frage der Einbeziehung der Polizeikräfte in die effektiven Truppenbestände auf Grund der Berichte einzelner Abordnungen zu beginnen.

*

Das deutsche Verlangen nach Rüstungsgleichheit.

tu **Washington**, 25. April.

Wie hier verlautet, hat Herriot in seiner Besprechung mit dem Präsidenten Roosevelt in der letzten Nacht ausgeführt, daß das deutsche Verlangen nach Rüstungsgleichheit für Frankreich den Kernpunkt aller schwebenden Probleme bedeute. Das Temperament der gegenwärtigen deutschen Regierung mache die Abrüstung für Frankreich unmöglich und werfe alle beabsichtigten Pläne über den Haufen, falls nicht anderweitige Kompensationen geboten würden.

Aufdeckung eines neuen riesigen Böß-Skandals.

Seine Pension soll gesperrt werden.

TU **Berlin**, 25. April.

Der Staatskommissar zur besonderen Verwendung Dr. Lippert hat eine genaue Nachprüfung der Finanzgebarung des Oberbürgermeisters Böß vorgenommen und ist dabei auf so skandalöse Dinge gestoßen, daß er den Oberbürgermeister Dr. Sahm ersuchte, geeignete Maßnahmen gegen den ehemaligen Oberbürgermeister Böß zu ergreifen und insbesondere die Sperrung seiner Pension mit dem Ziele der Aufrechnung zu verfügen.

In einer eingehenden Begründungsschrift hat sich Staatskommissar Dr. Lippert mit den einzelnen Fällen auseinandergesetzt. Zunächst zeigt eine Zusammenstellung der früheren Bezüge der Oberbürgermeister, daß diese Bezüge in dem reichen Deutschland vor dem Kriege insgesamt 40 000 RM. betrugen ohne Dienstaufwandsentschädigung und ohne Dienstwohnung. Herr Böß dagegen erhielt zum Schluß 36 000 RM. plus 24 000 RM. Dienstaufwandsentschädigung plus freie Dienstwohnung und dies in einer Zeit, in der Reich und Stadt sich in der bittersten Not befanden und Millionen Volksgenossen ohne Arbeit und Brot darben mußten. Hervorzuheben ist vor allem, daß der ehemalige Oberbürgermeister Böß nicht nur eine Dienstaufwandsentschädigung sich bezahlen ließ, sondern daß er darüber hinaus alle Aufwandskosten sich von der Stadt noch extra vergüten ließ, sodaß damit die Dienstaufwandsentschädigung zum reinen Gehalt wurde. Dabei hat Herr Böß der Stadt nicht nur solche Kosten angerechnet, die man wirklich als Repräsentationskosten ansprechen könnte, sondern er hat sich die kleinsten Kleinigkeiten seines Haushalts, wie Toilettepapier, Schrankpapier, Zucker zum Einmachen und ähnliche Dinge bezahlen lassen. Der Schaden, der der Stadt und der steuerzahlenden Berliner Bevölkerung dadurch entstanden ist, geht in die Hunderttausende; u. a. hat Herr Böß sich für einen Hund 200 Mark, für einen Maulkorb 9,50 Mark, für den Hundekuchen in elf Monaten 880 Mark bezahlen lassen. Auch seine Rundfunkgebühren ließ er sich von der Stadt, also von den Steuerzahlern, ersetzen. Allein an Baukosten an seiner Dienstwohnung liquidierte er nicht weniger als 150 000 Mk.; für 10 000 Mark ließ er sich eine vornehme Toilette einbauen — wohlgemerkt — alles außerhalb der Dienstaufwandsentschädigung.

Von einigen Sonderposten seien erwähnt:

Blumenstrauß zum Geburtstag des Geheimen Rats Kuttner, unter dessen Leitung im Rudolf-Virchow-Krankenhaus Fräulein Böß als Schwester ausgebildet werden sollte (also lediglich persönliche Beziehungen)	20,00 Mk.
Pflanzendekoration vor der Kaiserbüste seiner Villa zur Verdeckung dieser Büste	40,00 „
Toilettepapier	0,50 „
Zwei Zigarrenabschneider	34,00 „
18 Pfund Walderdbeeren	19,20 „
Zwei Pfund Erdbeeren von Frau Oberbürgermeister Böß angefordert	1,40 „
Zwei Pfund Puderzucker von Frau Oberbürgermeister Böß angefordert	0,90 „
Zwei Pfund Zucker von Frau Oberbürgermeister Böß angefordert	0,80 „
Transport eines ovalen Tabletts	0,75 „
Transport von zwei Sahne- und Zuckerschalen	2,00 „
Transport von zwei Zangen	0,40 „
Transport von zwei Tischtüchern	2,50 „
Am 18. Nov. 1927 stellte Frau Böß in Rechnung: Für Zucker	0,20 „

Für den Wachhund, der aber kein Wachhund war, sondern sich im Familienbesitz befand und auch tagsüber nicht an der Kette lag, bewilligte sich Herr Böß Steuerfreiheit. Selbst die Grammophonnadeln für ein, in der Wohnung vorhandenes Grammophon ließ sich Herr Böß bezahlen.

Bei der Vorstandswahl an der Berliner Produktenbörse am 20. April hatten die 500 jüdischen Händler auf ihrer Liste zwei dem Deutschen Landhandelsbund angehörige Kandidaten aufgestellt, ohne diese selbst oder den Deutschen Landhandelsbund vorher zu befragen. Beide Kandidaten verlangten die Entfernung ihrer Namen von der jüdischen Kandidatenliste. Die 50 arischen Börsenmitglieder des DLB blieben der Vorstandswahl zum Protest fern. Die übrigen 500 Börsenmitglieder wählten hierauf ihre Kandidaten. Der DLB hatte dann bei den Spitzen der Regierung gegen diese Vorstandswahl Einspruch eingelegt.

Neuer Beamtenschub.

TU **Berlin**, 25. April.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat das Preußische Staatsministerium in seiner Sitzung am 24. April unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Göring folgende Personalveränderungen beschlossen:

Es werden ernannt: der Oberverwaltungsgerichtsrat Larenz zum Senatspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht; der vertretungsweise mit der Verwaltung der Stelle des Polizeipräsidenten in Recklinghausen beauftragte Regierungsrat Klemm zum Polizeipräsidenten.

Auf Grund des § 3 der Verordnung vom 26. Februar 1919 werden unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes sofort einstweilen in den Ruhestand versetzt: der Regierungspräsident in Magdeburg, Zachariae, der Regierungspräsident in Köln, Elfgen; die Landräte: von Detten in Osnabrück, Geroski in Darkehmen (Reg.-Bez. Gumbinnen), Werra in Meschede (Reg.-Bez. Arnsberg), Danckelmann in Ramslau (Reg.-Bez. Breslau), Dr. Schwenzer in Monschau (Reg.-Bez. Aachen), Seemann in Sangerhausen (Reg.-Bez. Merseburg), Neumann in Bischofsburg (Kreis Rössel), Dr. Zorn in Osterburg (Reg.-Bez. Magdeburg), Zimmermann in Weißenfels (Reg.-Bez. Merseburg), Flesch in Erkelenz (Reg.-Bez. Aachen), Dr. Thiemer in Salzwedel (Reg.-Bez. Magdeburg), Dr. Pohl in Trier, Pöhlmann in Kölleda (Reg.-Bez. Merseburg), Delius in Gelnhausen (Reg.-Bez. Kassel), Pabst in Mühlhausen (Reg.-Bez. Erfurt), Dr. Loeb-Caldenhof in Hameln, Dr. Boden in Altenkirchen (Reg.-Bez. Koblenz), von Hobe in Bonn am Rhein.

Zu Regierungspräsidenten werden vorbehaltlich der Zustimmung des Provinzialausschusses ernannt und zunächst mit der kommissarischen Verwaltung der Regierungspräsidentenstelle betraut: in Magdeburg: der Regierungsrat beim Oberpräsidium in Charlottenburg Dr. Nicolai; in Köln am Rhein: der Regierungsvizepräsident Dr. zur Bonsen.

Mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes werden beauftragt: in Altenkirchen (Regierungsbezirk Koblenz) der Regierungsrat beim Polizeipräsidium in Wuppertal Dr. Gorges, in Bonn am Rhein der Landrat Dr. Haarmann in Gummersbach, in Weißenfee (Regierungsbezirk Erfurt) der bisher vertretungsweise mit der Verwaltung des Landratsamtes beauftragte Regierungsrat Hüter, in Hoyerswerda (Reg.-Bez. Liegnitz) der Regierungsrat Dr. Schmige, letzterer unter Aufhebung des Beschlusses über seine Entsendung als kommissarischer Landrat nach Bunzlau.

Es werden ernannt: der Oberregierungsrat bei der Regierung in Hildesheim Denicke zum Regierungsdirektor in Schleswig, der Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums in Kassel Sonndey zum Regierungsdirektor und Leiter der Abteilung für das höhere Schulwesen beim Oberpräsidium in Kassel.

Unter den in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten befinden sich wiederum mehrere, die Mitglieder der Zentrumspartei sind. So ist z. B. der Landrat Dr. Boden Mitglied der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags.

Vorübergehende Sperre des Zugangs zur Apothekerlaufbahn.

O **Berlin**, 25. April.

Um einer weiteren Ueberfüllung des Apothekerberufs vorzubeugen und im Hinblick darauf, daß in nächster Zeit die Neufassung der Prüfungsordnung für Apotheker und diejenige der Apothekenbetriebsordnung zu erwarten ist, die wesentliche Aenderungen der jetzigen Bestimmungen über die Annahme und die Ausbildung von Apothekerpraktikanten enthalten werden, hat der preußische Minister des Innern bestimmt, daß mit sofortiger Wirkung ausnahmslos jedem Gesuch um Einstellung eines Apothekerpraktikanten die Genehmigung zu versagen ist.

Graf Quadt (Bayr. Vp.) Wirtschaftsminister in Bayern.

tu **München**, 25. April.

Der Reichsstatthalter für Bayern, General Ritter von Epp, hat auf Vorschlag des bayrischen Ministerpräsidenten Siebert zum Staatsminister für das neugebildete Wirtschaftsministerium ernannt: Eugen Graf von Quadt zu Wykradt und Isny, ferner wurden ernannt auf Vorschlag des Gesamtministeriums zu Staatssekretären 1. der Abteilung für Handel, Industrie und Gewerbe im Staatsministerium für Wirtschaft Stadtrat Ludwig Stocker, 2. der Abteilung Landwirtschaft der bisherige Staatskommissar Georg Luber, M. d. L., 3. der Abteilung für Arbeit und Fürsorge der Landtagsabgeordnete Hans Dauser.

Zu dieser amtlichen Meldung sei erläuternd bemerkt, daß der Abgeordnete Graf Quadt der Bayrischen Volkspartei angehört und Mitglied ihrer Reichstagsfraktion ist, der neue Staatssekretär Stocker der Deutschnationalen Volkspartei und die Staatssekretäre Luber und Dauser der NSDAP.

Der neue Bayrische Landtag ist zu seiner ersten Sitzung auf Freitag einberufen worden.

Besuch bayerischer Staatsminister beim Kardinal Faulhaber.

München, 25. April.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Ministerpräsident Siebert hat sich in Begleitung des Innenministers Wagner und des Justizministers Dr. Frank gestern abend nach Berlin begeben, um dort heute an der Besprechung der Ministerpräsidenten und Innenminister teilzunehmen. Im Anschluß daran findet in Berlin eine Aussprache über die Neugestaltung des Berufsbeamtentums statt, an der die Minister ebenfalls teilnehmen werden. Ministerpräsident Siebert hat gestern, ebenso wie heute der Chef der Staatskanzlei Staatsminister Esser, dem päpstlichen Nuntius Vasallodi Torregrossa sowie dem Herrn Kardinal Erzbischof Dr. von Faulhaber die Aufwartung gemacht. Es ergab sich dabei die erfreuliche Gelegenheit, in längerer Aussprache eine Reihe Kirche und Staat betreffender Fragen zu erörtern. Staatsminister Esser trug in seiner Eigenschaft als vorläufiger Präsident des Landtags dem Herrn Kardinal noch den Wunsch vor, daß entsprechend der bisherigen Uebung der Herr Kardinal einen feierlichen Gottesdienst zum Landtagsbeginn abhalten möge. Der Herr Kardinal Erzbischof gab diesem Wunsche seine Zustimmung.

Furchtbarer Selbstmord.

Mit Teer eingerieben und verbrannt.

◇ **Hamburg**, 24. April.

Ein hiesiger Einwohner beging am Montag morgen in seiner Wohnlaube auf dem Horner Moor auf furchtbare Weise Selbstmord. Er ging in den angebauten Geräteschuppen, in dem sich u. a. ein Faß Teer befand. Nachdem er sich teilweise entkleidet hatte, rieb er sich über und über mit Teer ein und zündete dann das Faß an. In dem entstandenen Brand hat er den Tod gefunden. Der Beweggrund zu dem Selbstmord ist in Schwermut zu suchen. Die Wohnlaube ist vollkommen niedergebrannt. Der Selbstmörder war verheiratet und hatte mehrere Kinder.

Das Erdbeben auf Kos.

Kos (Dodekanes), 25. April.

Bei dem gemeldeten Erdbeben auf Kos ist ein Teil der Altstadt zerstört worden. Bis jetzt sind 74 Tote und 400 Verletzte unter den Trümmern gefunden worden. Von dem Erdbeben ist, wie inzwischen bekannt wurde, auch die kleine Insel Niyros sehr stark betroffen worden. Bisher sind bereits 80 Personen als tot und über zehn als verletzt gemeldet worden. Die endgültigen Zahlen dürften noch höher sein, da die Rettungsarbeiten noch im Gange sind.

*

w **Angora**, 25. April. Ein starkes Erdbeben zerstörte den Ort Yazi zum Teil, die Ortschaft Cuma völlig und den Ort Mesudiye ebenfalls vollständig. In drei anderen Ortschaften wurden weitere schwere Zerstörungen durch das Erdbeben angerichtet. 17 Personen wurden verletzt.

Die Wandlungen eines russischen Militär-Attachees.

Paris, 25. April.

Die guten Beziehungen, die sich in letzter Zeit zwischen Rußland und Frankreich entwickelt haben, lassen in Moskau die Absicht reifen, einen Militärattaché in Paris zu akkreditieren. Und zwar gilt als Anwärter für dieses Amt niemand anders, als jener Graf Ignatjew, der während des Krieges bereits einmal russischer Militärattaché — damals allerdings ein kaiserlicher — in Paris gewesen ist.

Diese Entwicklung vom kaiserlichen Militärattaché zum Militärattaché der Sowjets, entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie. Aber die Wandlung wird verständlich, wenn man das Leben des Grafen ein wenig unter die Lupe nimmt. Der Graf wie seine Frau, die ehemalige Tänzerin Tarchanow, stehen bereits seit einer Reihe von Jahren im bolschewistischen Dienst in Paris. Sie waren dort der russischen Handelsvertretung beigegeben und verrichteten bei diversen Gründungen von gemischten russisch-französischen Gesellschaften hervorragende Vermittlungsarbeit. Nicht zuletzt aber betreibt der Graf eine lebhafte bolschewistische Propaganda. Manche russische oder für die Sowjets werbende Schrift in französischer Sprache ist auf seine oder seiner Frau Aktivität zurückzuführen.

Viel beachtet worden ist eine von einer Pariser illustrierten Zeitung vor Jahresfrist nach Sowjetrußland entsandte Studienexpedition, an welcher das gräfliche Genossenpaar teilnahmen. Das Bild, das die französischen Leser dieser Zeitschrift vor Augen geführt bekamen, war ein paradiesisches: mit Begeisterung schilderte der Graf darin den Besuch auf seinem und seiner Eltern Familiengut, aus dem unter der Sowjetherrschaft „selbstverständlich" eine „mustergültige, sozialistische Bauerngemeinde" geworden ist. Es gibt freilich zu denken, daß die Sondernummer jener Ausgabe in vielen tausenden von Exemplaren gratis verteilt worden ist: der Pferdefuß sowjetrussischer Propaganda ist zu deutlich, um übersehen zu werden ...

Aus den Dienstakten des Grafen während seiner militärischen Rolle in Paris zur Zeit des Weltkrieges geht hervor, daß er damals den alliierten Regierungen, vor allem der französischen, zahlreiche russische Revolutionäre als Spione der Zentralmächte verdächtigt hat. Besonders warnte er seinerzeit vor dem gefährlichen Menschen Lenin und seinen Anhängern ... Der edle Graf ist heute ein ebenso eifriger diplomatischer Vertreter jener Leute, die er ehemals als „staatenlose Subjekte" und „Landesverräter" brandmarkte, wie er es früher im Dienste des Zaren war. — Sollte die Errichtung der russischen Militäragentur von der französischen Regierung genehmigt werden und sollte Ignatjew das Amt des sowjetistischen Militärattachés erhalten, so kommt ein Mann von einer gefährlichen und nicht sehr charaktervollen Geschmeidigkeit auf diesen Posten — aber auch ein diplomatischer Vertreter von ganz großen Fähigkeiten.

Kleine Nachrichten.

Die sozialdemokratischen preußischen Landtagsabgeordneten Lau-Hannover und Bauer-Luckenwalde sind verhaftet worden.

Reichskanzler Adolf Hitler hat durch Erlasse seine Rechte bezüglich der Beamtenernennungen und bezüglich der Ausübung des Gnadenrechtes auf das preußische Staatsministerium übertragen.

Der Reichspräsident empfing gestern den auf einer Europareise befindlichen früheren amerikanischen Botschafter in Berlin, Professor Shurman.

Oberregierungsrat Dr. Teipel im Reichsministerium des Innern, der dort in der Abteilung für Verfassungsfragen tätig war, ist auf Grund des Beamtengesetzes entlassen worden. Teipel war früher Redakteur an der „Germania", später an Dr. Wirths „Deutsche Republik".

In einem Haftprüfungstermin gegen den früheren Kommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, wurde der Haftbefehl wegen Fluchtverdachts aufrechterhalten.

Aus Münster und dem Münsterland.

Die Kirche und der Feiertag der nationalen Arbeit.

Erlaß des Kapitularvikars in Münster.

Die Reichsregierung hat den 1. Mai durch Gesetz vom 10. April 1933 zum „Feiertag der nationalen Arbeit" bestimmt. Da auch die Arbeit im Dienste der großen deutschen Familie und innerhalb des gemeinsamen deutschen Vaterhauses dadurch erst ihren wahren Ewigkeitswert erhält, daß sie Arbeit im Dienste Gottes und zu seiner Ehre wird, mögen alle Gläubigen diesen Feiertag auch kirchlich begehen und in feierlichem Gottesdienste ihre Arbeit dem Allerhöchsten weihen und aufopfern. Zugleich mögen sie die Gelegenheit benutzen zu eifrigem Gebet um Abwendung der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen wirtschaftlichen Not.

Deshalb wird verordnet, daß in allen Pfarr-, Rektorat- und Klosterkirchen am 1. Mai zu einer den Gläubigen passenden Stunde ein feierliches Hochamt vor ausgesetztem Allerheiligsten gehalten wird. Vor dem sakramentalen Segen ist gemeinschaftlich das allgemeine Gebet zu verrichten, damit Gottes Güte unserm deutschen Vaterlande Schutz und Segen und neues wirtschaftliches Aufblühen schenken möge.

Der 1. Mai ist zugleich der Beginn des Marienmonats. An diesem Tage und während des ganzen Maimonats wollen wir auch die Gottesmutter mit besonderer Wärme und Innigkeit um ihre Fürbitte anflehen, die Zuflucht aller Bedrängten in Zeiten besonderer Not, die Hilfe der Christen, die Königin des Friedens. Wo es angängig ist, möge die Maiandacht an diesem Tage besonders feierlich in einer Nachmittags- oder Abendstunde mit Aussetzung und sakramentalem Segen gehalten werden.

Münster, den 24. April 1933.

Der Kapitularvikar: Meis.

Der neue Landeshauptmann.

✝ **Münster, 25. April.**

Die Pressestelle des Landeshauptmanns der Provinz Westfalen teilt mit: Der Oberpräsident hat den Bergwerksdirektor Dipl.-Ing. Karl Friedrich Kolbow, Salchendorf, Krs. Siegen, zum Staatskommissar und Vertreter des beurlaubten Landeshauptmanns Dr. Dieckmann in Münster ernannt.

Bekenntnis des Verbandes westfälischer Baugenossenschaften zur nationalen Regierung.

-md- **Münster, 25. April.**

Die berufenen Organe des Verbandes westfälischer Baugenossenschaften, Vorstand und Verbandsausschuß, haben in ihrer Sitzung am 22. April d. J. einstimmig die nachstehende Entschließung gefaßt: „Der im Jahre 1902 gegründete überparteiliche Verband westfälischer Baugenossenschaften e. V. in Münster hat als staatlich anerkannter Revisionsverband die Aufgabe, die ihm angeschlossenen Bauvereine jeder Rechtsform durch regelmäßige Prüfungen und durch seine Beratung zu unterstützen. Er hat schon in den Jahren vor dem Kriege durch seine Tätigkeit in umfangreichem Maße die Errichtung von gesunden und zweckmäßig eingerichteten Kleinwohnungen für die minderbemittelten Bevölkerungskreise gefordert. In der Nachkriegszeit hat er seine Tätigkeit über den Parteien stehend und frei von politischen und konfessionellen Bindungen fortgesetzt. Zur Zeit betreut er mehr als 300 Bauvereine, die fast 60 000 Wohnungen errichtet haben und verwalten. So ist er von Anbeginn bestrebt gewesen, im Interesse des Vaterlandes und des deutschen Volkes zu arbeiten. Der Verband begrüßt deshalb alle Bestrebungen der nationalen Regierung, die dem Aufstieg der deutschen Nation und der Befreiung von allen diesem Ziele entgegenstehenden Hindernissen dienen. Er ist entschlossen, seine Kräfte weiterhin in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, aus dem von ihm schon seit drei Jahrzehnten verfolgten Gedanken heraus, daß die Bodenständigmachung des Volkes und die Schaffung gesunder Wohnverhältnisse die Grundlage bildet für die Gesundung und den Wiederaufstieg des deutschen Volkes."

Man soll stets das halten, was man verspricht

△ **Münster, 25. April.**

Ein Bierhändler in Münster hatte einem anderen Händler Eier verkauft. Prima, frische Eier. Als der Käufer die ersten Eier abgesetzt hatte, bekam er bald Beschwerden seiner Kundschaft, denn diese stellte fest, daß es sich um alte, abgelagerte Eier handelte, die man ihr verkauft hatte. Der von dem Händler getäuschte Käufer erstattete gegen den Verkäufer Anzeige und dieser hatte sich wegen Betruges und Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz vor dem münsterschen Gericht zu verantworten. Wiederholt vorbestraft, erkannte jetzt das Gericht gegen ihn auf eine Freiheitsstrafe von vier Wochen Gefängnis.

Ein Nassauer, wie er im Buche steht.

△ **Münster, 25. April.**

Der Kaufmann B. R. gehört zu jenen Menschen, die bei jeder nur möglichen Gelegenheit schwindeln und die vor allem gern auf anderer Leute Kosten leben. Zechprellerei ist etwas, was ihn immer wieder vor die Schranken des Gerichts bringt. Kleine Beträge sind es meistens nur, aber auf die Dauer gibt es doch ein ganz schönes Sümmchen. Wenn er etwas verzehrt hat, so versucht er heimlich zu entkommen. Im Sommer des vergangenen Jahres glückte es ihm bei einem Wirte zunächst, als er aber nachher das gleiche Manöver versuchte, stellte man ihn und nahm ihn nach einem vergeblichen Ausreißversuch fest. Rückfallbetrüger, erkannte jetzt das Gericht auf die geringste zulässige Strafe von drei Monaten Gefängnis.

Kurzerhand in die Ems geworfen.

△ **Münster, 25. April.**

Mit einem ganz unglaublichen Vorfall hatte sich das münstersche Schöffengericht in seiner Sitzung am Dienstag morgen zu beschäftigen. Im August des vergangenen Jahres ereignete dieser sich an der Ems bei der Schiffahrt. Hier saß ein Angler und fischte, als er von einem Manne, der in der Ems badete, belästigt wurde. Als der Angler sich dieses verbat, kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen ihnen. Mit dem Rufe „Hilfe" stürzte sich der mehrfach schwer vorbestrafte Arbeiter Peter G. aus Münster auf den völlig überraschten friedlich gesinnten Mann, der nur seinem Vergnügen nachgehen wollte, packte ihn an der Brust und warf ihn kurzerhand in die Ems, die an dieser Stelle mehr als 2 Meter tief ist. Es war ein Glück, daß der Mann schwimmen konnte, sonst wäre er wahrscheinlich ertrunken, da keiner der Freunde des G., noch er selbst Miene machte, ihn herauszuholen. Dieser Vorfall rief natürlich bei den in der Nähe weilenden Personen eine nur zu berechtigte Empörung hervor. Aber G. und seine Freunde gaben sich nicht zufrieden. Ein anderer nichts mit der Sache zu tun habender Mann, wurde gehörig verprügelt. Erst als die Rowdies merkten, daß die Polizei benachrichtigt worden war, verschwanden sie. Die Ermittlungen der Polizei führten zur Anklageerhebung gegen den Händler Ed. U. und G. wegen gefährlicher Körperverletzung und Diebstahls, da auch dem Angler sein Angelgerät abhanden gekommen war. Beide bestritten, wie man es bei ihnen schon kennt, sich irgendwie an der Sache beteiligt zu haben. G. wurde bestimmt als einer der Täter wiedererkannt. Ein weiterer Täter, der Viehmakler Franz Sch. aus Münster, befand sich im Zuhörerraum und wurde hier zufällig von einem der Zeugen gesehen. Er mußte, da der Staatsanwalt gegen ihn im beschleunigten Verfahren Anklage erhob, den Platz im Zuhörerraum mit dem in der Anklagebank vertauschen. Das paßte ihm nun gerade nicht, aber alles Leugnen hatte keinen Zweck. Er war es gewesen, der auf den einen Mann in roher Weise losgeschlagen hatte. Das Gericht verurteilte G. zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten bei Erlaß eines Haftbefehls und gegen Sch. erkannte es wegen gefährlicher Körperverletzung und Diebstahls auf insgesamt 7 Monate Gefängnis. U. hatte Glück, er wurde mangels Beweises freigesprochen.

Schreibfehler Grund zur erfolgreichen Revision.

Statt drei Jahre Zuchthaus im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen.

△ **Groß-Reken, 25. April.**

Vom Schwurgericht Münster wurde im Oktober des vergangenen Jahres der 46 Jahre alte Landwirt Bernhard Teiking aus Groß-Reken wegen Verleitung zum Meineide zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Gegen das Urteil des Schwurgerichts legte der Angeklagte Revision beim Reichsgericht ein, daß der Revision stattgab, das erstinstanzliche Urteil des Schwurgerichts Münster aufhob und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Schwurgericht Münster verwies. Zwei Buchstaben, ein Schreibfehler, in der Urteilsbegründung waren der Anlaß gewesen, der Revision stattzugeben. In den Urteilsgründen mußte es heißen „der glaubwürdigen uneidlichen Aussage des Zeugen", aber statt dessen hatte man geschrieben, „der glaubwürdigen eidlichen Aussage". Der in Betracht kommende Zeuge konnte aber, da er wegen Meineids bestraft war, nicht eidlich vernommen werden, und so kam dann die Sache ans Schwurgericht Münster zurück, das in anderer Besetzung und unter einem anderen Vorsitzenden nunmehr erneut verhandelte.

Es handelt sich bei diesem Prozeß um einen jener Meineidsprozesse, die im vergangenen Jahre wiederholt Gegenstand eines Strafverfahrens vor dem münsterschen Schwurgericht waren. Der Grund zu diesem Meineidsverfahren gegen den Angeklagten Bernhard Teiking war ein voraufgegangener Prozeß wegen Körperverletzung gewesen, der der Angeklagte Teiking beschuldigt wurde. T. hatte auf die Anschuldigung eines 68jährigen Mannes, er hätte Buschen gestohlen, eine Auseinandersetzung mit dem Manne, in welcher es auch zu Tätlichkeiten kam, wegen der sich T. zu verantworten hatte. Im ersten Termin kam man nicht zu einem Ergebnis, da noch weitere Zeugen gehört werden sollten; im zweiten Termin erklärte der Verletzte, T. hätte ihn nicht geschlagen, wer es gewesen sei, könne er heute nicht mehr sagen. Später erzählte dieser Mann einem andern, daß er deshalb so ausgesagt habe, weil T. ihm vor der Verhandlung Bargeld gegeben und 20 Zentner Kartoffeln versprochen hätte. Das Geld hätte er nach und nach bekommen, aber die Kartoffeln noch nicht. Als noch andere Meineidsverfahren gegen T. anhängig wurden, kam auch diese Sache heraus. Gegen T. wurde zunächst das Verfahren eingestellt, dem 68jährigen Manne aber der Prozeß gemacht, der dann auch wegen Meineids, strafbar nach § 157, zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Das Verfahren gegen T. wegen Anstiftung und Verleitung ließ nicht lange auf sich warten. Der Angeklagte T. betonte im heutigen Verfahren genau wie früher, daß er den alten Mann weder zum Meineid angestiftet, noch sich der Verleitung schuldig gemacht hätte. Die Verhandlung gegen ihn erstreckte sich bis in die Nachmittagsstunden hinein, da zahlreiche Zeugen aufgeboten worden waren, um den Sachverhalt zu klären. Manches blieb als Ergebnis dieses Prozesses noch unklar und wurde nicht restlos geklärt. Der Staatsanwalt hielt T. im Sinne der Anklage für schuldig und beantragte gegen ihn eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren und 5 Jahren Ehrverlust.

Das Gericht sprach nach halbstündiger Beratung den Angeklagten frei. Der Vorsitzende betonte, das Gericht habe nicht einwandfrei feststellen können, daß der Angeklagte, als er dem alten Manne die Versprechungen machte, mit der Möglichkeit rechnete, daß dieser vereidigt werden würde. Der Angeklagte wäre damals noch nicht so häufig mit dem Gericht in Berührung gekommen, daß er hätte wissen müssen, der alte Mann würde vereidigt. Auch habe ihm der Rechtsanwalt, bei dem er vorgesprochen hätte, nicht gesagt, daß der Belastungszeuge vereidigt werden würde. Aus diesem Grunde habe es den Angeklagten sowohl von der Anklage der Anstiftung wie auch Verleitung zum Meineide freigesprochen.

Zum Schluß erklärte der Angeklagte, er danke dem Gericht für den gerechten Freispruch.

Mit dieser Verhandlung war die dritte diesjährige Schwurgerichtsperiode beendet.

Um die Nachfolge des Landrats des Kreises Beckum.

✝ **Ahlen, 25. April.**

Wie wir zuverlässig vom Kreisausschuß des Kreises Beckum erfahren, ist jetzt als Nachfolger des zur Zeit beurlaubten Landrats Fenner von Fenneberg, der über 11 Jahre an der Spitze des Kreises Beckum stand, vom Staatsministerium der Oberregierungsrat Gärtner von der Regierung in Hannover ernannt worden. Oberregierungsrat Gärtner ist vorerst kommissarischer Landrat des Kreises Beckum. Wie verlautet, trifft der neue kommissarische Landrat in den nächsten Tagen in der Kreisstadt ein, um die Dienstgeschäfte zu übernehmen.

*

✝ **Münster, 25. April. Kirchliche Ernennungen.** Theodor Rohe, Kaplan zu Olfen, zum Kaplan an der Pfarrkirche ad St. Vincentium zu Dinslaken mit dem Auftrage, an der dortigen Berufsschule den Religionsunterricht zu erteilen. Wilhelm Brück, Kaplan zu Hüls, zum Kaplan an der Pfarrkirche zu Olfen. Josef Schmitz, Seminarpriester aus Buer, zum Kaplan an der Pfarrkirche zu Hüls. Heinrich Hölscher, Kaplan zu Buer-Liebfrauen, zum Kaplan an der Pfarrkirche ad St. Dionysium zu Rheine. Bernhard Poether Pfarrverwalter zu Südkirchen, zum Kaplan an der Pfarrkirche ad B. Mariam Virg. zu Buer. August Tertilt, Kaplan zu Greven, zum Rektor der Klosterkirche zum Guten Hirten zu Münster-St.-Mauritz. Heinrich Roer, Rektor am Kloster zum Guten Hirten zu St. Mauritz, zum Kaplan an der Pfarrkirche zu Greven. Ludwig Klockenbusch, Seminarpriester aus Ahaus, zum Geistlichen Lehrer auf der Gaesdonck. Clemens Mönchemeier, Pfarrer zu Warendorf, zum Dechanten des Dekanates Warendorf. Gerhard Meyer, Pfarrer in Warendorf, zum Definitor im Dekanat Warendorf. Heinrich Becking, Kaplan zu Bocholt St. Georg, zum Verwalter der Vikarien St. Spiritus und B. Mariae Virg. I. port. ebendaselbst. Dozent Dr. phil. Ferdinand Zumegen zu Vechta zum Rektor an der Liebfrauenkirche zu Goch. — Resignation: Pfarrer August Dinkelborg hat zum 15. Mai 1933 auf die Pfarrstelle Sünninghausen verzichtet. — Sterbefälle: Anton Baurichter, Pfarrer i. R. zu Telgte, Jubilarpriester, geboren am 28. Juli 1848 zu Brochterbeck, zum Priester geweiht am 9. August 1874. Joh. Jungkamp, Pfarrer zu Recklinghausen St. Josef, geboren am 20. Oktober 1878 zu Wessum, zum Priester geweiht am 24. Mai 1902. Franz Unkel, Ehrendechant, Pfarrer i. R. zu Münster, geboren am 22. Dezember 1856 zu Drensteinfurt, zum Priester geweiht am 26. Juli 1883.

✝ **Münster, 25. April. Von der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt.** Die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt von Westfalen hatte vom 1. Januar 1933 bis zum 31. März 1933 einen Antragszugang von 2 381 965 Mk. Der Antragszugang der im Verbande öffentlicher Lebensversicherungsanstalten zusammengeschlossenen Anstalten betrug vom 1. Januar bis 31. März 1933 ca. 48 Millionen Mark.

-md- **Münster, 25. April. Im Prozeß gegen den Schweitzer Sch.** verurteilte ihn das Gericht wegen versuchten Totschlags und Vergehens gegen das Schußwaffengesetz zu einer Gesamtzuchthausstrafe von drei Jahren und einem Monat. Dem Angeklagten wurde die Untersuchungshaft angerechnet. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. Der bei der Tat benutzte Revolver wurde eingezogen. — Das Gericht hielt den Angeklagten nicht im Sinne der Anklage, die versuchten Mord angenommen hatte, sondern nur des versuchten Totschlags für schuldig und verurteilte ihn entsprechend.

✝ **Beckum, 25. April. 27 Gewehre gefunden.** Der hiesigen SA. wurde eine Meldung zugeleitet, daß in einem Teich in der Nähe Neubeckums 27 Gewehre verborgen gehalten würden, die wahrscheinlich Kommunisten dort hinterlegt hätten. In der Nacht von Samstag auf Sonntag fand eine Untersuchung statt, die die Meldung bestätigte. Gefunden wurden 27 Gewehre, die bereits verrostet waren. Sie wurden beschlagnahmt.



Kugel-Freuden.

Wie bepflanzt man den Balkon?

Es ist nicht leicht, die Frage zu lösen, wie man den Balkon im Frühjahr am vorteilhaftesten und zugleich auch am schönsten bepflanzt und welche Pflanzen am dankbarsten sind. Balkonbepflanzungen sollen nicht nur schön wirken, sondern zugleich billig sein, dauerhaft und Schatten bieten. In Wirklichkeit kostet es sehr wenig Mühe, einen netten Balkon zu haben, und wer einmal, nämlich im Frühjahr bei der ersten Bestellung, die nötige Sorgfalt verwendet, hat den ganzen Sommer über bis spät in den Herbst hinein Freude. Der Balkon ist ja die Lunge der Großstadtwohnung und der Kleingarten des Großstädters.

Grundsätzlich sollte man nur von guten Firmen Samen und Pflänzlinge beziehen. Wesentlich ist ferner die Himmelsrichtung, nach der zu der Balkon liegt. Auch Nord-, Nordost- und Nordwestrichtungen gestatten gute Bepflanzung, die durchaus gedeiht. Besonders dankbar ist für diese Zierspargel, der recht gut hochrankt und ziemlich dicht wächst. Zwischen sie pflanze man Fuchsien, die sehr gut im Schatten gedeihen und dankbar blühen. Das einzige, was sie verlangen, ist sehr gute Erde, reichlich Wasser und von Zeit zu Zeit Dunguß. Um sie überwintern zu können, pflanzt man sie im Frühjahr in einigermaßen große Töpfe und mit diesen in die Balkonkästen, füllt den Zwischenraum mit Moos und Erde oder nur mit Erde aus und hierin die Zierspargel!

Auch sogenannte Glockenreben gedeihen prächtig auf den Nordseiten. Sie brauchen ebenfalls gute Erde sowie einen breiten oder genügend tiefen Kasten. Ueberall gedeihen auch die Petunien. Sie sind in vielen Farben zu haben und wuchern förmlich. Schlichter ist die Feuerbohne oder Saubohne, die viel Schatten bietet und ebenfalls überall gut gedeiht. Einfach, aber dauerhaft, sind wilde Weinstöcke, die nur eine Unannehmlichkeit besitzen, wenn sie blühen, fällt der Blütenstaub und die Blütenblätter wie Schnee auf den Balkon und in das Essen oder in die Haare. Dankbar und eigenartig sind Geranien, die sich jahrelang halten und durch Stecklinge vermehrt werden können.

Bunte Bepflanzung kann nur in der Süd-, Südost- und Südwestlage erfolgen. Kresse, Wicke, Nelke, Reseda, Stiefmütterchen, Begonien usw können gesät oder gepflanzt werden. Nett nimmt sich auch der Goldlack aus, der sich mehrere Jahr hält und nur im Herbst ein wenig zurückgeschnitten zu werden braucht. Er paßt ausgezeichnet zu Geranien, Petunien und Kapuzinerkresse, die in Strauchform und rankend zu haben ist.

Wer geschickt verfährt, braucht nur einmal zu pflanzen und anzuschaffen und hat den ganzen Sommer und Herbst über auf dem Balkon einen ausgezeichneten Blütenflor, endlich eine Samenernte für das nächste Jahr und dann weniger Anschaffungs- und Unkosten!

Wann aber beginnt man zu pflanzen oder zu säen? Die Jahreszeit ist ganz verschieden geartet, sodaß es ein warmes Frühjahr geben kann oder Kälte bis in den Mai hinein. Das kommt also ganz auf die Witterungsgestaltung an. Doch kann im warmen Zimmer schon vorgesorgt werden.

Die eigentliche Bestellung und das Umpflanzen sowie die Anschaffung von Pflänzlingen und Blumenerde sollte nicht vor Ende April in einem warmen, von Mitte Mai in einem kühleren Frühjahr erfolgen, um Schäden zu vermeiden. Vorsicht besonders beim Kauf von Blumenkästenerde! Es wird vieles angeboten, was nicht taugt und alles andere ist als gute, kräftige, brauchbare Erde. Und deshalb sollte man möglichst nur vom Gärtner kaufen, der jederzeit für minderwertige Erde haftbar gemacht werden kann.

Gertr. Reinsch.

Frühlings-Leiden.

„Mir geht es so schlecht!" — diese Aeußerung hört man im Frühling von allen Seiten. Es tut hier weh, es tut dort weh, und doch ist man nicht „richtig" krank. Wenn der Winter weicht und die ersten warmen Tage kommen, wenn in den Pflanzen die Säfte steigen und die Tiere aus ihren Winterverstecken hervorkommen, dann beginnen die Frühlingsschmerzen in uns. Wie überall geraten aber nur unsere Säfte in Bewegung, in Gärung. Leichte Hautausschläge, Pickel im Gesicht, im Nacken ein Furunkel, Müdig- und Mattigkeit, Arbeitsunlust, Gliederreißen, Kopfschmerzen, Schwindelgefühle, Nasenbluten, Benommenheit der Sinne — das sind so die Erscheinungen, die uns im Frühjahr befallen. Auch das Seelenleben ist oft bedrückt: man sieht alles viel schwärzer, macht sich ganz unnötig Sorge und Kummer, mit denen man doch nie etwas ändern kann. Die geheimnisvolle Macht des Frühlings bricht den inneren Widerstand nur allzuoft. Solche Menschen verlieren das Gleichgewicht, werden oft genug Opfer des Frühlings, anstatt sich die Ursachen klar zu machen und sich zu bemühen, klar zu sehen.

Die Ursachen liegen im Wasserreichtum der Atmosphäre, der zu stärkerer Atmung führt. Die Folge ist vermehrte Ausscheidung von Kohlensäure und gesteigerte Aufnahme von Sauerstoff. Dieser wirkt auf Muskeln, Nerven und Sinne, bringt den Stoffwechsel in Wallung und äußere Erscheinungen sind nun die Folge, Auswirkungen innerer Vorgänge. Die Gewebe werden aber bestimmten physikalisch-chemischen Veränderungen unterzogen und viele Krankheiten ernsterer Art werden tatsächlich ausgelöst, die bislang nur in uns schlummerten und denen der günstige Nährboden fehlte. Die Widerstandskraft ist nun gebrochen und sie können in uns ihr Regiment antreten. Aber viele Krankheiten schwinden nun auch, so zum Beispiel Fieber, epileptische Anfälle, Migräne, Neuralgien.

Wie kann man nun den unangenehmen Frühlingsleiden entgegentreten oder sie wenigstens in ihrer Wirkung herabmindern? Hier helfen in erster Linie Bewegung durch Sport oder Gymnastik, Schwitzen, heiße Bäder, oder man besorgt sich ein Frühjahrskurmittel aus der Apotheke und treibt die Unreinheiten aus dem Körper.

Hildegard G.



Bober-Talsperre in Schlesien.

Handel und Wirtschaft.

Berliner Börse.

⊠ **Berlin, 25. April.**

Entgegen den Erwartungen des Vormittagsverkehrs war zu Beginn der heutigen Börse auch für Aktienwerte die Stimmung eher schwächer.

Neben der Ungewißheit über die Neubesetzung der preußischen Ministerien störte anscheinend auf verschiedenen Märkten aus Prämienengagements herauskommende Ware.

Obwohl diese nicht umfangreich sein konnte, reichte sie bei der geringen Unternehmungslust der Kulisse aus, um zu Kursrückgängen zu führen. Stärker gedrückt waren aber Spezialwerte wie Bayern Motoren (minus 3 Proz.). Holzmann (minus 2,5 Proz.), Bemberg (minus 2 Proz.) und Rheag (minus 2,75 Proz.). Andererseits verursachte eine Nachfrage von 6 Mille bei Südd. Zucker eine 3proz. Kurssteigerung. Auffallend widerstandsfähig lagen auch Bekula, die im Zusammenhang mit der heutigen Generalversammlung und in Erwartung der Erklärungen des neuen von der Stadt Berlin eingesetzten Staatskommissars ⅞ Proz. gewannen.

Im Verlaufe wurde es, vom Siemens-Markt ausgehend, ziemlich einheitlich schwächer, wobei

auch der Reichsbankausweis für die dritte Aprilwoche eine gewisse Rolle spielte, da die Verminderung der Gold- und Devisenbestände um 17,8 Millionen Beachtung fand. Auffallend schwach lag die Altbesitzanleihe, die gegen den Anfang 40 Pfennig einbüßte.

Reichsbankausweis.

⊙ **Berlin, 25. April.**

An dem Reichsbankausweis für die dritte Aprilwoche fällt zunächst auf der nicht unerhebliche Rückgang der Gold- und Devisendeckung um insgesamt 17,1 Millionen. Wie wir hören, ist dieser Rückgang aber nur scheinbar, da größere Deviseneingänge vorliegen, die jedoch so langfristiger Art sind, daß sie zunächst als Deckung nicht in Betracht kommen.

Der tatsächliche Gold- und Devisenverlust für die vergangene Woche wird mit etwa 4 Mill. angegeben. Es fielen in die Woche der Dienst der Younganleihe sowie Zahlungsverpflichtungen aus dem deutsch-belgischen Markabkommen. Im übrigen ist der Verlauf normal gewesen. Die gesamte Kapitalanlage hat sich um 155,2 Mill. verringert. Wechsel und Schecks gingen um 125,6 auf 2870,6 Mill., der Bestand an Reichsschatzwechsel um 25,9 auf 6,2 Mill. und Lombardforderungen um 3,2 auf 68,9 Mill. zurück. An Scheidemünzen flossen 95 Mill. in die Reichsbank zurück, so daß jetzt ein unnormal hoher Bestand von 300,6 Mill. ausgewiesen wird. Der Notenumlauf verringerte sich um 144,3 auf 3278,2 Mill. Der Rückgang der sonstigen Aktiven um 53,4 Mill. hängt, abgesehen davon, daß auf diesem Konto der Rückfluß an Rentenmarkscheinen verbucht wird, mit weiterer Rückzahlung des Betriebskredites des Reiches zusammen.

Das Deckungsverhältnis ist gegenüber der Vorwoche mit 15,6 v. H. nahezu unverändert geblieben (15,5 v. H.). Unter Berücksichtigung der bekannten Devisenverpflichtungen von 45 Mill. Dollar stellt sich die Deckung auf 9,9 (10,0) v. H. Der gesamte Zahlungsmittelumlauf beträgt 5221 Mill. gegen 5789 Mill. zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Sparerschutzbund hinter Schacht.

Geheimer Oberfinanzrat Dr. Ernst Springer, Vorsitzender des „Volksbundes zum Schutz ersparten Vermögens gegen Angriffe auf Vertragsrecht und Währung e. V.", hat an den Präsidenten des Reichsbankdirektoriums, Dr. Schacht, ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

Der Volksbund hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß der Herr Reichsbankpräsident in der Generalversammlung der Reichsbank erklärt hat: „Unsere Sparer sollen wissen, daß die Reichsbank als unerschütterliche Macht auf dem Posten ist, wenn es gilt, dem schaffenden und sparenden deutschen Volk das Geschaffene und Ersparte zu erhalten." Der Volksbund begrüßt diese Erklärung um so mehr, als sie Befürchtungen einer Aenderung der deutschen Währungspolitik endgültig beseitigt und die Gewähr dafür bietet, daß Deutschland den inflatorischen Neigungen anderer Staaten nicht folgen wird.

Ausgleich für ältere Kraftwagen?

Die Anmeldung der in den Wintermonaten abgemeldeten Kraftwagen erfolgt nicht in dem Umfange, wie dies in früheren Jahren der Fall war. In dem Bestreben der Automobilindustrie zu helfen, damit diese ihre Lager räumen und die Arbeit wieder aufnehmen kann, hat man bestimmt, daß Wagen und Krafträder, die nach dem 31. März zum ersten Male zugelassen sind, steuerfrei bleiben. Die Besitzer von älteren Wagen sollen dagegen nach wie vor zahlen. Die Folge davon ist, daß es zur Zeit in den Reparaturwerkstätten gegen früher sehr ruhig zugeht. Soweit man hört, soll das Reichsfinanzministerium die Berechtigung gemachter Eingaben im wesentlichen anerkannt haben. Man rechnet damit, daß die Altbesitzer ihre Kraftfahrzeugsteuerpflicht durch einmalige Zahlung einer angemessenen Pauschale abgelten können. Strittig dürfte z. Zt. noch sein, ob diese Pauschale einheitlich durchgeführt wird, oder ob auch das Alter der Kraftwagen dabei Berücksichtigung finden soll, obwohl mancher Wagen in einem Jahr mehr verbraucht werden kann als ein anderer in fünf Jahren. Die Reichsregierung wird die Kraftfahrzeugindustrie und die Kraftverkehrswirtschaft aber nicht nur durch steuerpolitische Maßnahmen zu beleben versuchen, sondern sich darüber hinaus auch mit den Fragen der Herabsetzung der Versicherungsprämien, der Garagenmieten, der Kosten für den Führerschein und der Zulassungsgebühr befassen. Wie dem auch sei, die Wagenbesitzer warten auf baldige Regelung.

Auflösung der Hapag-Lloyd-Union.

Die Umgestaltung der deutschen Großschiffahrt, deren Kern, wie bereits gemeldet, die Auflösung der Hapag-Lloyd-Union sein wird, ist beschlossene Sache. Die beteiligten Schiffahrtskreise und Regierungen von Hamburg und Bremen sind einig. Gegenwirkungen der Banken, unter deren Druck die Hapag-Lloyd-Union zustande gekommen ist, sind dadurch ausgeschaltet, daß in den Finanzfragen der maßgebliche Einfluß auf das Reich übergegangen ist.

Bremen: Baumwolle

	25. 4. Brief	25. 4. Geld	25. 4. bezahlt	24. 4. Brief	24. 4. Geld	24. 4. bezahlt
loko	8.75			8.69		
Mai	8.38	8.30	8.30	8.43	8.40	8.43
Juli	8.47	8.44	8.45	8.62	8.60	8.60
Oktober	8.65	8.63	8.63	8.87	8.84	8.87
Dezember	8.78	8.76	8.76	9.04	9.00	9.03
Januar	8.86	8.83	8.83	9.17	9.13	9.17
März	9.02	8.96	—	9.26	9.24	—

Tendenz: schwach

Liverpool: Baumwolle

	25. 4.	24. 4.		25. 4.	24. 4.
loko	5.44	5.37	Januar	5.19	5.18
April	5.15	5.13	Februar	5.20	5.19
Mai	5.15	5.13	März	5.22	5.21
Juni	5.14	5.13	April	5.23	5.22
Juli	5.14	5.13	Mai	5.25	5.24
August	5.14	5.13	Juli	5.28	5.26
September	5.14	5.13	Oktober	5.31	5.29
Oktober	5.15	5.14	Januar	5.35	5.34
November	5.16	5.15	März	5.39	5.37
Dezember	5.18	5.17	Tendenz:	ruhig, stetig	

	25. 4.	24. 4.
Tagesimport	7300	—
Tageslokoverkäufe	—	—
Exportverkäufe	—	—
Aegypt. Upper F. G.	—	—
fair loko	—	—

Liverpool: Ostindische Baumwolle

	25. 4.	24. 4.
Loco Surtes F. G.	5.06	5.00
„ Broach F. G. (Good Staple)	4.64	4.59
„ M. G. Punjab/American F. G.	4.62	4.57
„ Centr. Provinces Oomra Nr. 1	4.78	4.71
„ Bengal F. G.	4.08	3.97
„ Bengal Superfine	4.22	4.17
„ Sind F. G.	4.09	3.99
„ Sind Superfine	4.22	4.17

New Orleans: Baumwolle

	25. 4.	24. 4.		25. 4.	24. 4.
loco	7.41	7.41	Dezember	7.94	7.97
Mai	7.40—42	7.41—42	Januar	8.00	8.03
Juli	7.57—58	7.60—62	März	8.16	8.18
Oktober	7.79—80	7.81—84	Tendenz:	stetig	

New York: Baumwolle

	25. 4.	24. 4.		25. 4.	24. 4.
loco	7.60	7.65	Oktober	7.84—85	7.87—89
April	—	—	November	7.91	7.94
Mai	7.46	7.47—50	Dezember	7.99—8.00	8.01—03
Juni	7.55	7.56	Januar	8.07—08	8.09—11
Juli	7.64—65	7.65—67	Februar	8.13	8.17
August	7.68	7.73	März	8.20—21	8.25—27
September	7.77	7.79	Tendenz:	stetig	

Geschätzte Totalzufuhren	—
Baumwollzufuhr in Atlantischen Häfen	—
Baumwollzufuhr in Golf Häfen	18000
Zufuhren in Pacific Häfen	—
Export nach England	6000
Export nach dem übrigen Kontinent	12000
Export nach Japan und China	1000
Fracht n. Liverpool f. stark gepr. Ballen	—
Fracht für Standard	—
Export n. Kanada u. Mexiko	20000

Märkte.

Metalle.

Berlin, 25. April. **Elektrolytkupfer** (Wirebars) 53,25 ℳ für 100 kg netto cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam. Aluminium 98-99 kg Bl. 160, Aluminium i. Walz. o. Dr. 164, Reinnickel 98-99 kg 350, Antimon-Regulus 39 bis 41, Silber in Barren 900 t 44—47.

Vieh- und Pferdemarkt in Burgsteinfurt.

‡ **Burgsteinfurt, 25. April.** Zum heutigen Vieh- und Pferdemarkt waren aufgetrieben: 35 Pferde, 2 Saugfohlen, 57 Stück Rindvieh, 991 Ferkel, 30 Schweine und 2 Schafe. Gezahlt wurden für Arbeitspferde 1. Sorte 600—650 Mk., 2. Sorte 400—450 Mk., 1½jährige Fohlen 325—400 Mk., ½jährige 150—180 Mk. Handel mittelmäßig. Tragende Kühe kosteten 160—240 Mk., tragende Rinder 1. Sorte 170—230 Mk., 2. Sorte 120—140 Mk. Handel schleppend. Ferkel erzielten 6—8 Wochen alt 12—16 Mk., 8—12 Wochen alt 16—24 Mk., Läufer 38—40 Pfennig pro Pfund Lebendgewicht, tragende Schweine 80—90 Mk. Bei Ferkeln mittlerer Handel, kleiner Ueberstand. Bei tragenden Schweinen wurde der Markt geräumt. — Der nächste Vieh- und Pferdemarkt findet statt am Freitag, den 19. Mai.

Altenessener Schweinemarkt.

× **Altenessen, 25. April.** Auftrieb: 600 Ferkel, 239 Läufer. Es kosteten: Ferkel: 6—8 Wochen alt 12—18 ℳ, 8—12 Wochen alt 18—24 ℳ; Läuferschweine: 3—4 Monate 24—29 ℳ, 4—6 Monate 29—40 ℳ, größere entsprechend höher. Marktverlauf: schleppend. Wegen des Nationalfeiertages am 1. Mai wird der Markt vom Dienstag, 2. Mai auf Mittwoch, 3. Mai verlegt.

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 25. April 1933.

(Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg.)

	24. 4.	25. 4.
Weizen märk. neue Ernte	195—197	196—198
Mai	211—210½	211—211
Juli	218½-17½	218—217¼
Tendenz:	stetig	fester
Roggen märk. neue Ernte	155—157	155—157
Mai	168½-68½	168—167½
Juli	—	170¾-70½
Tendenz:	stetig	abgeschw.
Gerste Braugerste	172—180	172—180
Futtergerste	163—171	163—171
Wintergerste	—	—
Tendenz:	ruhig	stetig
Hafer märk.	126—129	127—130
Mai	133½-33¾	133¾—134
Juli	139¾-140	140¾-41¼
Tendenz:	etw. fester	fester
Mais Waggon frei ab Hamburg	—	—
Tendenz:		

	24. 4.	25. 4.
Weizenmehl	23—27¼	23—27¼
Tendenz:	stetig	stetig
Roggenmehl	20.6—22.6	20.6—22.6
Tendenz:	behaupt	stetig
Weizenkleie	8.4—8.9	8.5—8.9
Tendenz:	behaupt.	stetig
Roggenkleie	8.7—8.9	8.7—8.9
Tendenz:	behaupt	stetig
Raps	—	—
Tendenz:		
Leinsaat	—	—
Tendenz:		
Viktoriaerbs.	20—23	20—23
kl. Speiseerbs.	19—21	19—21
Futtererbsen	13—15	13—15
Peluschken	13—14½	13—14½
Ackerbohnen	12—14	12—14
Wicken	13—14½	13—14¼
Lupinen blau	8¼—9¼	8¼—9¼
gelbe	11.8—12⅝	11.8—12¾
Seradella alt	—	—
neu	16¼—19	16¼—18½
Rapskuchen	—	—
Leinkuchen	11	11
Trockenschn.	8.50	8.50
Soyabohnen ab Hamb.	10—10.1	10—10.1
Soyabohnen ab Stettin	10.60	10.60
Kartoffelflock.	13.60	13.50

Amtliche Rauhfutter-Notierungen

(Per 50 Kilogramm frei Waggon ab märkische Station.)

Roggenstroh drahtgepreßt	0.55—0.60	bindfadengepr. Roggenstroh	0.60—0.65
		Weizenstroh	0.50—0.70
Weizenstroh drahtgepreßt	0.40—0.55	Häcksel	1.35—1.50
		Heu handelsübl.	1.10—1.30
Haferstroh drahtgepreßt	0.40—0.55	Heu, gutes	1.70—2.15
		Thymotee, lose	2.40—2.70
Gerstenstroh drahtgepreßt	0.60—0.65	Kleeheu	2.40—2.70
		Heu drahtgepreßt	40
Roggenlangstr.	0.70—1.05		

Weizenausfuhrscheine	141 Brief	140⅛ Geld
Weizenausfuhrscheine	—	107⅛
Roggenausfuhrscheine	—	
Gerstebezugsscheine		20 Geld
Eosinweizenscheine		83⅛ Brief
Maisbezugsscheine		

Hamburger Schlachtviehmarkt.

Hamburg, 25. April. Auftrieb: Schweine 6779, Kälber 1380. Es kosteten: Schweine: a) 34—34,5, b) 33 bis 34,5, c) 33—34, d) 31—33, e) 30—31, f) 27—29, g) 26 bis 31; Kälber: a) —, b) 41—44, c) 35—39, d) 28—34, e) 15—21. Marktverlauf: sehr langsam, zum Schluß stark abflauend. Beste Hamburger Ware knapp über Notiz.

Berliner Schlachtviehmarkt.

◇ **Berlin, 25. April.** Auftrieb: Rinder 2005, Ochsen 303, Bullen 723, Kühe 979, Kälber 3236, Schafe 3873, Schwine 14 887. Es kosteten: Ochsen: a) —, b) 29—31, c) 26—27, d) 23—25; Bullen: a) 29, b) 27—28, c) 25—26, d) 23—24; Kühe: a) 23—25, b) 20—22, c) 17—19; Färsen: a) 30, b) 26—28, c) 23—25; Fresser 18—22; Kälber: a) —, b) 48—53, c) 35—47, d) 20—30; Schafe: a) —, b) 34—35, c) 32—33, d) 25—26, e) 30—31, f) 17—29; Schweine: a) 33—34, b) 33—34, c) 32—33, d) 31—32, e) 26—30, f) —, g) 30—32. Marktverlauf: bei Rindern, Schafen und Schweinen ruhig. Kälber mittelmäßig, gute Kälber gesucht.

Berliner Produktenbörse.

× **Berlin, 25. April.** Bei stetiger Grundstimmung nahm die Produktenbörse einen ruhigen Verlauf. Das ersthändige Offertenmaterial ist im allgemeinen mäßig, lediglich Roggen zur Waggonverladung nach Berlin ist über den Bedarf der Mühlen hinaus angeboten. In Weizen kommt dagegen verhältnismäßig wenig Ware an den hiesigen Platz, da die Nachfrage zu Eosinierungszwecken in der Provinz gut bleibt. Der Weizenlieferungsmarkt eröffnete mit etwas höheren Preisen, während Roggen knapp gehalten war. Weizen- und Roggenmehle sind zu unveränderten Preisen offeriert.

Geschäftliches.

Die Frühjahrsbekämpfung der Obstbaumschädlinge.

Kaum sind die ersten grünen Blattspitzen auf den Bäumen zu bemerken, so findet der scharfe Beobachter auch schon junge Räupchen von verschiedener Farbe, welche das saftige, zarte Grün befressen. Dies ist ein Zeichen für den Obstzüchter und bedeutet nichts anderes, als daß es allerhöchste Zeit ist, die Obstbäume durch Spritzungen zu sichern. Was der Praktiker mit dem bloßen Auge nicht feststellen kann, ist, daß gleichzeitig mit diesen zahlreichen Räupchen auch der Befall der Obstbäume durch den gefährlichen Schorf einsetzt. Zu ihrer Bekämpfung verwendet man zweckmäßig ein gegen diese Schädlinge gleichzeitig wirksames Mittel. — Der Obstzüchter begrüßt es, wenn die Ansetzung und Mischung der Brühe einfach ist und verwendet demzufolge Nosprasit „O", welches lediglich in Wasser aufgelöst, ohne Kalkzusatz eine sofort spritzfertige Brühe ergibt. Mit dieser Brühe werden die Bäume und vor allem die aufbrechenden Knospen gründlich bespritzt, um so einen Spritzbelag zu schaffen, welcher das Heer der Schädlinge nicht nur fernhält, sondern vernichtet.

Walldürner Geld-Lotterie!

Helft mit an der Erhaltung der Walldürner Wallfahrtskirche.

Zur Instandsetzung der alten berühmten Barockkirche in Walldürn wird mit staatlicher Genehmigung eine Geld-Lotterie veranstaltet. Die Ziehung findet garantiert am 28. April statt. Der Lospreis beträgt nur 50 Pfg. für das Einzellos und 1 Mk. für das Doppellos. 12 500 Mk. werden verlost. Der Höchstgewinn beträgt 5000 Mk. Auf 10 laufende Endnummern ist ein Gewinn garantiert. Angesichts des geringen Lospreises ist der Gewinnplan sehr günstig zu nennen. Die Lose sind zu haben bei der Lotteriebank E. Wendel GmbH., Münster i. W., Salzstr. 36a (gegenüber Althoff). Versand nach außerhalb unter Nachnahme oder gegen Vorauszahlung auf Postscheckkonto Dortmund 22606 (Porto und Liste 35 Pfg. extra). Mit Rücksicht auf den edlen Zweck und die kunsthistorische Bedeutung des Bauwerkes kann die Lotterie nur bestens empfohlen werden.

Keine Wiederkehr des Bimetallismus.

In der Währungsbill der Vereinigten Staaten bestimmt der dritte Punkt der Maßnahmen bekanntlich, daß Roosevelt ermächtigt wird, die Kriegsschulden bis zum Betrage von 100 Mill. Dollar in Silber entgegenzunehmen. Hiermit wird seit Jahrzehnten zum ersten Male wieder in einem Goldlande ein erster Versuch zur Remonetisierung des Silbers unternommen. Es scheint daher die Silberklausel in der Währungsbill vorerst weniger vom währungspolitischen als vom schuldenpolitischen Standpunkt aus Beachtung zu verdienen. Inwiefern kann durch die Einschaltung des Silbers in den Mechanismus der Kriegsschulden dieses größte Problem in den Beziehungen zwischen England und den Vereinigten Staaten gelöst werden? Der Gedankengang auf amerikanischer Seite ist etwa folgender: England behauptet, daß ihm die Zahlung der Kriegsschulden Mühe mache, weil es nicht genügend Gold besitze, ganz zu schweigen von Devisen. Um die Transferschwierigkeiten Englands zu mildern, soll England die Schuldenzahlung in Silber vornehmen können. Zwar hat England erst recht kein Silber, aber es kann sich nach der amerikanischen Argumentation das Silber in Indien und im Fernen Osten besorgen. Nun braucht England auch hierfür Devisen, aber es könne, so meint Amerika, dieses Transferproblem, gestützt auf seine großen Guthaben in Asien, verhältnismäßig leicht lösen. Amerika bezweckt also eine Verlagerung des Transferproblems vom Atlantik auf Ostasien.

Gleichzeitig wird aber nach amerikanischer Auffassung auch das Aufbringungsproblem in einer gewissen Weise gelöst. Hatte doch England auch immer erklärt, daß die Schulden zu hoch seien, während in Amerika sich keine Stimmung für eine Schuldenkürzung oder gar Streichung durchsetzen konnte. Diesem Dilemma glaubt man dadurch auszuweichen, daß man England die Möglichkeit gibt, sich das Silber zum niedrigen Weltmarktpreis zu beschaffen und das so erworbene Silber in Amerika zu einem wesentlich höheren Preise weiter zu transferieren. Welchen Verrechnungspreis die Vereinigten Staaten den Engländern zugestehen wollen, darüber herrscht noch nicht volle Klarheit. Im Gesetz heißt es, die amerikanische Regierung solle nicht mehr als 50 Cts. pro Unze bewilligen. Es bleibt offen, ob dieser Höchstpreis auch der tatsächliche Verrechungspreis sein soll oder ob dieser darunter liegen wird. Unterstellt man, daß die Vereinigten Staaten dem englischen Schuldner das Silber auf einer Verrechnungsbasis von 50 Cts. abnehmen, so ergibt sich für England etwa ein Nutzen von 15 Cts.; denn der Marktpreis des Silbers stellt sich zur Zeit auf etwa 35 Cts. Englands Kriegsschuldenzahlung würde sich, mit anderen Worten, um ungefähr ein Drittel ermäßigen. Die am 15. Juni fällige Rate von 70 Mill. Golddollar würde demgemäß nur in einem Effektivwerte von knapp 50 Mill. Dollar zu leisten sein. Die andere Hälfte des vorgesehenen Silberkontingents würde durch die anderen Kriegsschuldner aufzubringen sein. Die amerikanische Regierung wiederum wäre in der Lage, der Oeffentlichkeit gegenüber zu erklären, daß sie de jure keinen Schuldennachlaß gewährt habe.

Diese ausgeklügelte Konstruktion ist nicht schlecht. Fraglich bleibt, ob die Voraussetzungen, auf denen sie beruht, auch zutreffen. Der Effekt der Schuldenerleichterung kann nur erreicht werden, wenn die Spanne zwischen dem Marktpreis des Silbers und dem amerikanischen Verrechnungspreis groß bleibt. Durch die Silberkäufe der Kriegsschuldnerländer ist aber eine Steigerung des Silberpreises zu erwarten. Sie wird, vom währungspolitischen Standpunkt Amerikas aus, sogar angestrebt, um die Kaufkraft Ostasiens zu heben. Hier zeigt sich ein vorläufig noch unüberbrückbarer Widerspruch in dem amerikanischen Ideengebäude. Sodann wäre zu fragen, ob auch die übrigen zahlreichen Schuldenraten in Silber beglichen werden sollen. Schon die Aufbringung der Junirate würde den Aufkauf der Silberproduktion von fast zwei Jahren im Gefolge haben.

Von allen Seiten stellen sich der Verwirklichung einer Remonetisierung des Silbers so viel Widerstände entgegen, daß man ernsthaft an eine Wiederkehr des Bimetallismus nicht zu glauben vermag. Wenn die Welt sich in der Währungsfrage überhaupt noch zusammenfinden kann, so wird es ihr auch nicht schwer fallen, sich auf das kleinste der Uebel, auf die Goldwährung zu einigen.

Dollar (Berlin) 3,85 gegen 3,92 vorher (Parität 4,198) RM
Dollar (London) 3,885 „ 3,97 „ („ 4,866) für 1 £

Statt besonderer Anzeige.

Nach Gottes hl. Willen entschlief heute in Rosenheim (Bayern), unser geliebter Vater, Schwiegervater und Großvater, der

Staatsbankdirektor a. D.
Herr Max Haertl
königl. Bayr. Finanzrat,
Ritter hoher Orden

kurz nach Vollendung seines 81. Lebensjahres, versehen mit den Tröstungen der hl. Kirche.

In tiefer Trauer:
Hermann Haertl,
Mathilde Haertl geb. Beckmann
u. Kinder Franz, Rupprecht u. Rosemarie.

Bocholt, den 24. April 1933.

Borken i. W.
Am **Donnerstag**, den 27. April 1933,
Pferde-, Rindvieh- u. Schweinemarkt
sowie **Krammarkt.**
1928] Der Magistrat.
Die Westf. Landeseisenbahn gibt zu den Markttagen Sonntagsrückfahrkarten zur Hin- und Rückfahrt nur an den Lösungstagen aus

1,8 Ltr. **Opel**, 4tür. Limousine, 4/23 PS. **Hanomag-Limousine**, 4/20 PS. **Opel-Limousine**, 3/15 PS. **Digl-Limousine**, 8/28 PS. **Ford-Limousine** u. a. m. billig zu verkaufen.
Autovertrieb Münsterland, Münster i. W.,
Schillerstraße 17/19. Tel. 40734. [1932

Walldürner Geldlotterie
Ziehung 28. April
12 500
5000
3000
Höchst- und Hauptgew.
Einzellos 50 ₰ Doppellos! — ℳ (Porto u. Liste 35 ₰ extra) versend. u. Nachnahme
Lotteriebank
E. Wendel GmbH.
Münster i. W. Salzstr. 36a
Postsch. Dortmund 72606

Möbel.
Echt eichene [1924
Schlafzimmer
mit 1,80 Schrank, moderne Form, Qualitätsware, mit Polsterstühlen **von Mk. 245.— an**
Küchen
in allen Preislagen.
Möbelhaus
Uhlending,
Dülmen i. W.
Freie Lieferung.
Der weiteste Weg lohnt sich bei diel. bill. Preis.

Schenkwirtschaft
in einer Kreisstadt des Münsterlandes, Zentral gelegen, umständehalb. zu verpachten. Inter. erhalten nähere Auskunft unt. E 100 an d. Ans.-Verw. der Zeno, Münster. [1936

Gelegenheitskauf!
Gebrauchter, aber gut überholter u. garantiert betriebsfertiger 27 PS. **Deutzer Diesel-Straßenschlepper**, auch als Dreschantrieb geeignet, besond. preiswert abzugeben.
Maschinenfabrik Franz Kleine,
Salzkotten i. W.
Fernspr. 207. [1920

Große Auswahl in gebr. Wagen, mehr als
80 Autos
in allen Stärken und Preisl. (Zahlungserl.)
Autobörse, Dortmund, Friedrichstr. 35. [1918

Brut-Eier
von Bronze-Puten u. Jagdfasanen, gebe laufend ab, zu 30 und 20 Pfg. pro Stück.
H. Ostrick, Velen,
Telephon 6. [1931

Beamtenkredite
für Anschaffungszwecke, bis 1 Monatsgehalt. Keinerlei Vorkosten da ich reiner Selbstgeber bin. Keine Wartezeit. Freikuvert. [1923
J. Anderlohr, Köln,
Venloer Straße 23.

Heiraten

Einheirat. [1927
Solider Landw., kath., Rheinländ., m. Hof v. 100 Morg., Ende 30er, sucht Bekanntschaft m. einer Dame v. 30—38 J., am baldig. Heirat. Landwirtst. od. Ww. m. Kind nicht ausgeschl. Vermögensang. mit Bild, letzter, wird zurückgel. Verschwiegenh. ehrenwörtl. Off. unt. Nr. 1936 an das Bürgerblatt, Emmerich a. Rhein.

Zeno-Arbeits- und Stellenmarkt

Angebote

Tüchtige und erfahrene
Köchin
welche schon in herrschaftlichen Haushalte tätig war, zum 15. Mai gesucht. Bewerbungen m. Ang. v. Referens. an **Herzoglich v. Looz u. Corswaremsche Domänen-Rentei Schloß Bentlage, Rheine.** [1934
Fernr. Rheine 331.

Kath. ehrliches und fleißiges **Fräulein** für Hausarbeit u. Mithilfe am [1919
Büfett
für gutes Restaurant, Nähe Möhnesee, gesucht Dauerstellg. Bewerbg. mit Bild u. Zeugnissen u. E S 7705 an d. Ans.-Verw. d. Zeno, Münster.

Ebrl. kath. [1922
Mädchen
nicht unter 18 Jahren, für Haus-, Garten- u. zeitw. etwas Feldarbeit s. 1. Mai ges. Selbiges muß melken können. Kötterstocht bevorzugt. Familienanschluß.
Frau Greiwing,
Kohlenhandlung,
Dülmen. Weltring 24.

Für meinen **Damensalon** suche zu sofort
Lehrmädchen
m. gut. Schulbild. Selb. wird gründl. ausgebild. in Wasserwellen, Dauerwellen, Ondulation, Maniküre. Für Kost u. Wohnung muß eine einmalige Vergütung von RM. 300.— gezahlt werden. Ang. unt. A K 261 an die Ans.-Verw. d. Zeno, Münster [1937

Tüchtiger [1938
Kolonialwarenverkäufer
z. Verkauf eines konkurrenzlosen Artikels gesucht, der wenigstens über ein Kapital von RM. 50—100 verfügt, für die Orte Borgdorf, Emsdetten, Greven, Metum, Rheine. Off. unt. A 456 an d. Ans.-Verw. d. Zeno, Münster

Tüchtiger [1925
Möbel-Akquisiteur
zu sofort gesucht.
Bewerber wollen sich melden unt. A 455 an die Ans.-Verw. d. Zeno, Münster.

Auf mittl. Gut wird z. 1. Mai od. spät. tücht. katholischer
Ackerknecht
gesucht. Landwirtssohn bevors. Derselbe muß auch melken können.
Off. m. Lohnfordg. an **Nienkämper,** [1926
Nienberge b. Münster.

Suche für sofort einen tüchtigen
Friseur-Gehilfen
Salon Hügemeier, Warendorf.

Jüngerer
Elektro-meister
d. Lust hat, Klempnerei und Installation zu erlernen sofort gesucht.
Schriftl. Angebote unt. A 454 an d. Ans.-Verw. d. Zeno Münster. [1921

Suche sof. einen kräftig.
Jungen
für leichtere landwirtschaftliche Arbeiten, unt. 20 Jahr. Off. u. N R 36 an d. Münsterl. Volksztg. in Rheine. [1935

Suche für sofort einen kath. [1915
Jungen
im Alter v. 15—17 J. für leichtere Arbeiten.
Hermann Rottarp.
Münster, Kemper 165, Kaffeehaus Rumphorst.